

Stellungnahme zum Antrag „Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Drucksache 18/1982), 18. Wahlperiode, 04. Juni 2014

Der Verein ufuq.de ist seit 2007 bundesweit in der **politischen Bildungsarbeit** aktiv und widmet sich vor allem dem **Themenfeld Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus** in Deutschland. Ein wesentlicher Teil der Arbeit ist präventiv (im Sinne einer primären und sekundären Prävention) ausgerichtet und zielt auf eine Sensibilisierung für demokratie- und freiheitsfeindliche Einstellungen sowie auf die Vermittlung von pädagogischen Ansätzen, um solchen Einstellungen vorzubeugen und zu begegnen. Deradikalisierung im engeren Sinne als direkte Arbeit mit Jugendlichen, die bereits aktiv in salafistischen Milieus verortet sind, sowie die Beratung von deren Angehörigen wird von uns nur in Einzelfällen geleistet.

Vorrangige Zielgruppen der Arbeit sind zum einen **junge Musliminnen und Muslime** (in Workshops in Schulen und Jugendeinrichtungen, in ausstellungspädagogischen Projekten, im Web 2.0 und mit der Entwicklung von pädagogischen Materialien); zum anderen richten sich unsere Angebote an **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen und der kommunalen Verwaltungen** (durch Beratungen, Fortbildungen, Informationsmaterialien). In den vergangenen Jahren haben wir so über 4.000 Jugendliche und etwa 2.000 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren erreicht.

Zu den bundesweiten **Kooperationspartnern** unserer Arbeit zählen neben der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg und der Bundeszentrale für politische Bildung u.a. auch das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes.

Zu den **Leitgedanken** unserer pädagogischen Arbeit zählt das Bewusstmachen unterschiedlicher und zum Teil widersprüchlicher Formen muslimischer Religiosität unter deutschen Muslimen (**„Alternativen aufzeigen!“**) sowie das Aufzeigen von konkreten Handlungsoptionen als aktiver Teil der Gesellschaft (**„Empowerment“**). Auf diese Weise begegnen wir unter Muslimen und Nichtmuslimen verbreitete homogenisierende und oft rigide Annahmen über „den“ Islam und eine vermeintliche Unvereinbarkeit von deutscher und muslimischer Identität. Indem wir jungen Muslimen **Raum geben für ihre Fragen zu Religion, Zugehörigkeit und Identität**, sensibilisieren und immunisieren wir sie gegenüber einfachen Welt- und Feindbildern, wie sie etwa von salafistischen Akteuren propagiert werden.

Auf der Grundlage unserer Erfahrungen möchten wir in unserer Stellungnahme zum Antrag „Allen Formen des Extremismus durch Prävention entgegenwirken“ auf drei zentrale Punkte eingehen:

1. Prävention als gesamtgesellschaftliche Herausforderung
2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Fokus der Präventionsarbeit
3. „Alternativen aufzeigen!“ und Empowerment als Leitgedanken der Präventionsarbeit

Zu den einzelnen Punkten:

1. *Prävention als gesamtgesellschaftliche Herausforderung*

Wir begrüßen das dem Antrag implizit zugrundeliegende Verständnis der Extremismusprävention als **gesamtgesellschaftliche Herausforderung**. Präventive Arbeit beschränkt sich nicht auf den direkten Kontakt mit einzelnen Jugendlichen, sondern bedarf eines **breiteren gesellschaftlichen Rahmens**, der die Entwicklung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen begünstigt und langfristig absichert.

In diesem Sinne ist ein **institutionalisierter Austausch und eine Zusammenarbeit** von lokalen Akteuren vor Ort (insbesondere Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen, religiösen Einrichtungen, Behörden, Polizei) von zentraler Bedeutung, um Jugendliche in den verschiedenen Bereichen ihrer Lebenswelten mit präventionsrelevanten Angeboten (zu diesen Angeboten siehe Punkt 2. und 3.) zu erreichen. Zugleich ist schulische Aufklärungsarbeit und das politisch-bildnerische Aufzeigen von demokratischen Partizipationsmöglichkeiten nur dann fruchtbar, wenn Jugendliche **entsprechendes Wissen und entsprechende Verhaltensoptionen** auch tatsächlich in ihrem Alltag (u.a. Schule, Freizeit, Berufsleben, Gemeindeleben) **anwenden und verwirklichen** können.

Dazu gehört – gerade im Kontext Schule und Bildungsarbeit – eine ausdrückliche **Anerkennung der Lebenswirklichkeit und der Normalität des Islam und der Muslime** in Deutschland, die zum Beispiel in einer expliziten und anerkennenden Auseinandersetzung mit religiösen Themen und Fragen zum Ausdruck kommen kann.

Deutlicher als im vorliegenden Antrag sollte in diesem Sinne auch eine **stärkere Einbindung von nichtreligiösen Migrantorganisationen und muslimischen Einrichtungen** angestrebt werden, um damit die **Vielfältigkeit muslimischer Religiosität und der Lebenswirklichkeiten** von Menschen mit Migrationshintergrund aufzuzeigen.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen im Bereich der Islamismusprävention ist auch eine Klärung der **Rolle der Sicherheitsbehörden** in der präventiven Arbeit von entscheidender Bedeutung. Anders als im Bereich der Aufklärung der Öffentlichkeit und der Beratung von Einrichtungen über extremistische Bestrebungen hat sich die sichtbare Beteiligung von Polizei und Verfassungsschutz **in der unmittelbaren pädagogischen Arbeit** mit Jugendlichen zu den Themen Islam und Islamismus vielfach als **kontraproduktiv** erwiesen. Eine direkte Anbindung präventiver Angebote an die Sicherheitsbehörden bestärkt in der Regel das Misstrauen und stellt eine zusätzliche Hürde da, um relevante Zielgruppen zu erreichen.

2. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Fokus der Präventionsarbeit*

Die Erfahrungen unserer Arbeit decken sich mit dem im Antrag angedeuteten Ziel, **extremistische Einstellungen und Haltungen in einem weiteren Sinne** zu thematisieren und damit das **Zusammenwirken unterschiedlicher demokratie- und freiheitsfeindlicher Einstellungen** zu berücksichtigen. In der jüngeren sozialwissenschaftlichen Debatte spiegelt sich die Einsicht in das Zusammenwirken entsprechender Einstellungen in dem Konzept der **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit**, mit dem die unterschiedlichen Ausdrucksformen von Abgrenzung- und Abwertungsideologien und deren Wechselwirkung beschrieben werden. Dieses Konzept ist auch als Ausgangspunkt der Präventionsarbeit sinnvoll.

In unserer Arbeit mit Jugendlichen ist vor allem der **Zusammenhang von Selbst- und Fremdwahrnehmungen** junger Muslime von Bedeutung. So lassen sich Erfahrungen mit **Nichtanerkennung, Diskriminierung und antimuslimischem Rassismus** als eine wesentliche **Ursache für Selbstethnifizierung** („Ich bin stolzer Muslim!“, „Ich bin stolzer Araber!“) **und Radikalisierungsprozesse** unter jungen Muslimen ausmachen. Vor diesem Hintergrund muss die Prävention von islamistischen Einstellungen zwangsläufig auch die Auseinandersetzung mit realen oder

vermeintlichen Diskriminierungserfahrungen von Muslimen und/oder Migranten als Individuen und gesellschaftlichen Gruppen beinhalten.

Eine solche Herangehensweise erleichtert zugleich die **Thematisierung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden** in den Erfahrungen **von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit**. So lassen sich über eine allgemeine Auseinandersetzung mit Fragen von Identität, Werten, individuellen Interessen und Lebenszielen auch Phänomene wie Demokratiefeindlichkeit, Homophobie, Antisemitismus und „Skepsis gegenüber Medien“ unabhängig vom jeweiligen biographischen Hintergrund des einzelnen Jugendlichen initiieren. Gerade in heterogenen Jugendgruppen und Schulklassen werden dabei **Gemeinsamkeiten** sichtbar, die **die Grundlage für ein Zusammenleben** in pluralistischen Gesellschaften bilden können.

3. *„Alternativen aufzeigen“ und Empowerment als Leitgedanken der Präventionsarbeit*

Ein Schwerpunkt des Antrages liegt auf der „frühzeitigen Aufdeckung“ und der strafrechtlichen Verfolgung extremistischer Einstellungen und Strukturen. Die Bedeutung dieser Aspekte in einem ganzheitlichen Präventionskonzept sind unbestritten. Dennoch möchten wir die besondere Bedeutung einer **aktiven Auseinandersetzung mit den Ursachen von Radikalisierungsprozessen** im Sinne einer primären und sekundären Prävention herausstellen. So wird die **Bedeutung von subjektiven und objektiven Entfremdungs- und Ohnmachtserfahrungen (z.B. in Familie, Schule oder Gesellschaft) und von Diskriminierungserfahrungen** in verschiedenen Studien als wesentliche Aspekte von Radikalisierungsprozessen ausgemacht. In ähnlicher Weise wirken auch **biografische Krisen** und **familiäre Konflikte** als wesentliche Katalysatoren für Abgrenzungs- und Abwertungstendenzen. Die Erfahrungen unserer Arbeit mit jungen Muslimen und/oder Migranten bestätigen diese Ergebnisse. Vor diesem Hintergrund erachten wir es als unablässig, in einem umfassenden Präventionskonzept auch diese Aspekte zu berücksichtigen.

Mögliche Ansätze dazu ergeben sich aus den Erfahrungen der diversen Projekte, die in den vergangenen Jahren im Bereich der Islamismusprävention durchgeführt wurden. Hierzu zählt insbesondere die **Stärkung eines reflektierten Selbstverständnisses unter Jugendlichen als Muslime und als Deutsche**, das durch eine aktive Auseinandersetzung mit Fragen von Religiosität, Identität und Familienbiografien gefördert werden kann. Religion, und hier konkret der Islam in seinen unterschiedlichen (!) Ausdrucksformen, sollte daher genauso wie Migrationsbiografien in der Bildungsarbeit verstärkt thematisiert und diskutiert werden.

Dieser Ansatz deckt sich mit neuen **bildungspolitischen Debatten** im Bereich der **diversity education**, in denen **gesellschaftliche Diversität als Potential**, und nicht primär als Problem oder gar Defizit beschrieben wird.

Dies erfordert auch eine weitere **Öffnung der Bildungsinstitutionen** für Themen, die in der Vergangenheit vielfach nicht selbstverständlich berücksichtigt wurden. So gilt es, die Lebenswelten von jungen Muslimen in ihrer **Vielfältigkeit als „normale“** – und nicht zwangsläufig problembehaftete – **Themen** aufzugreifen und mit den Jugendlichen zu reflektieren, um auf diese Weise eine Bindung der Jugendlichen an die jeweiligen Einrichtungen – und damit auch der Gesellschaft – zu fördern.

Berlin, 24. September 2014

Dr. Götz Nordbruch/Dr. Jochen Müller

Kontakt:

ufuq.de

Wissmannstr. 20

12049 Berlin

030-98341051

info@ufuq.de